

Deutscher Landkreistag fordert Gesamtkonzept zur Energieversorgung

- **Gaspreisdeckel**
- **Erneuerbare stärken**
- **Heimische Energiequellen nutzen**
- **Gasumlage abschaffen**
- **Kommunale Energieversorger schützen**

Der Deutsche Landkreistag (DLT) zeigt sich sehr besorgt angesichts der im kommenden Winter drohenden Energieknappheit infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine. Er unterstützt die Haltung der Bundesregierung, dass Deutschland schnellstmöglich unabhängig von Energieimporten aus Russland werden muss. Zugleich sieht der DLT die Bundesregierung ebenso in der Pflicht, der drohenden Energieknappheit in dieser Akutsituation so weit wie möglich durch alle wirksamen Maßnahmen national und europäisch zu begegnen.

1. Bund muss bei Energiepreisen früher ansetzen

Nach Auffassung des DLT bedarf es eines Gesamtkonzeptes, das die dramatische Preisentwicklung insgesamt bremst. Die bisherigen punktuellen und bürokratischen Einzelmaßnahmen zur Entlastung führen zu Ungerechtigkeiten und lösen das Problem nicht. Die Bürger und die Betriebe können die steigenden Kosten bei Gas und Strom

sowie die hohe Inflation vielfach nicht mehr tragen. Es dürfen deshalb nicht einzelne Personengruppen oder Wirtschaftszweige in den Mittelpunkt der Unterstützungsmaßnahmen gestellt werden. Stattdessen sollte der Staat am Anfang der Energie-Lieferkette eingreifen, durch einen Preisdeckel bei Gas und Strom und durch eine Senkung der Abgaben und Steuern auf Energie auf das europäische Minimum. Es gilt, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt zu sichern.

2. Reform des Strommarktes und Streichung der Gasumlage nötig

Der DLT hält deshalb die von der Bundesregierung angekündigte Reform des Strommarktes für dringend geboten. Dies befördert die Einspeisung von erneuerbar erzeugtem Strom und dämpft die Preise durch die Entkoppelung von der fossilen Stromerzeugung insgesamt. Gleichwohl ist der Ausbau der erneuerbaren Energien keine Maßnahme gegen die im kommenden Winter

drohende Energieknappheit. Zudem müssen der Netzausbau mit dem Hochlauf der Erzeugungsanlagen für regenerative Energien synchronisiert, die Grundlastfähigkeit gesichert und Maßnahmen zur Netzentlastung, wie Anreize zur Speicherung oder zum Eigenverbrauch stärker gefördert werden. Dies wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen. Für diese Übergangszeit muss die Bundespolitik eine Antwort geben.

Der DLT hält auch unter dem Eindruck der öffentlich geführten Diskussion in den zurückliegenden Wochen die von der Bundesregierung geschaffene Möglichkeit einer Umlage der gestiegenen Beschaffungskosten für Erdgas auf die Letztverbraucher für den falschen Weg. Es ist deutlich geworden, dass diese Gasumlage kein zielgerichtetes Instrument zur wirksamen Stützung von finanziell betroffenen Energieunternehmen darstellt. Allein deshalb ist eine Korrektur durch die Bundesregierung dringend geboten ist. Gleichwohl führt die Gasumlage zu weiteren finanziellen Belastungen für Verbraucher, Kommunen und Gewerbetreibende. Anstelle der Umlage von Beschaffungskosten auf die Letztverbraucher ist die bedarfsgerechte Unterstützung einzelner Energieunternehmen durch Finanzmittel des Bundes der bessere, unbürokratischere und wirksamere Weg. Das Problem muss am Beginn der Energiepreissteigerungen gelöst werden, nicht beim Endverbraucher.

3. Kommunale Energieversorger stützen

Der DLT sieht auch die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Stabilität und Leistungsfähigkeit von Kreis- und Stadtwerken zu gewährleisten. Diese stellen einen maßgeblichen Teil der kommunalen Daseinsvorsorgeleistungen bereit. Diese kommunalen Energieversorger stehen wegen teurer Wiederbeschaffungskosten, hoher Vorfinanzierungslasten und drohender Zahlungsausfälle aktuell vor großen Herausforderungen. Sie sind deshalb zu stützen, um eine Vielzahl von Insolvenzen zu vermeiden. In einem gestuften Vorgehen, das

auch einen Beitrag durch eigene Mittel und solche der Trägerkommunen umfassen muss, sind sodann die Bundesländer sowie schließlich der Bund zur finanziellen Hilfe aufgerufen.

4. Heimische Energiequellen konsequent nutzen

Als Ersatz für die wegfallenden Energieimporte insbesondere aus Russland müssen nach Auffassung des DLT alle in Deutschland verfügbaren Energiequellen in den Blick genommen werden. Dies gilt, bis die erneuerbaren Energien hinreichend ausgebaut sind, auch für fossile Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Aktuell vorzunehmende temporäre Brennstoffwechsel („fuel switch“) müssen angesichts der derzeitigen Ausnahmesituation von Genehmigungsverfahren freigestellt werden.

5. Potentiale aller Erneuerbaren Energien in allen Räumen stärker nutzen

Der DLT hält den zügigen und beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien für den richtigen Weg, um möglichst unabhängig von Energielieferungen aus dem nicht-europäischen Ausland zu werden und gleichzeitig die Klimaschutzziele zu erreichen. Dies gilt zuvorderst für die wichtige Windenergie. Die Landkreise leisten bereits jetzt ihren Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien und sind sich bewusst, dass in den kommenden Jahren hierbei noch verstärkte Anstrengungen erforderlich sein werden. Es gibt in Deutschland ein erhebliches, bislang aber nicht genutztes Potenzial in Bezug auf die Nutzung bestimmter Formen erneuerbarer Energien. Dies gilt für die aus Biomasse erzeugte Bioenergie, welche insbesondere in den ländlichen Räumen zu einer von Wind und Sonne unabhängigen grundlastfähigen Energieversorgung beitragen und regionale Wertschöpfung erzeugen kann. Biogas kann – in größerem Umfang wegen der ökologischen Auswirkungen sicher nur für einen begrenzten Zeitraum von einigen Jahren – deutlich stärker als derzeit

als Ersatz für wegfallende Energieimporte genutzt werden.

Auf Millionen Dächern und ohnehin versiegelten Flächen in Städten können Solaranlagen installiert werden, um den Beitrag der Städte zur Energiewende zu steigern. Dazu gilt es zudem die denkmalschutzrechtlichen Restriktionen abzubauen und Mieterstrom-Modelle vereinfacht zu ermöglichen. Es bestehen aber auch in ländlichen Räumen bspw. auf großflächigen Parkplätzen, Deponien oder landwirtschaftlich verträglichen Freiflächen erhebliche Potentiale für die Nutzung der Solarenergie. Freiflächen-Photovoltaik stellt zudem für die Wasserstoffwirtschaft eine ideale Ergänzung zur Windenergie da und muss auch in Windenergieflächen entstehen dürfen. Der DLT fordert die Bundesregierung auf, die energiewirtschaftlichen Deckelungen, Restriktionen und ggf. Sanktionen für diese Formen der Energieerzeugung unverzüglich aufzuheben, um ein klares Zeichen für den gewünschten Zubau von Anlagen zu setzen, mehr Energie schnell zu erzeugen und die Preise zu dämpfen.

Schließlich gilt es auch die Geothermie wie die Wasserkraft weiter auszubauen, um über die aktuelle Akutsituation hinaus ein breites Angebot erneuerbar erzeugter Energie im Lande nutzen zu können.

6. Laufzeiten der derzeit noch laufenden Atomkraftwerke verlängern

Der DLT anerkennt den bereits verabschiedeten Ausstieg aus der Atomkraft. Er spricht sich dennoch für einen vorübergehenden, befristeten Weiterbetrieb der noch in Betrieb befindlichen bzw. stillgelegten, aber noch nicht zurückgebauten deutschen Kernkraftwerke aus. Der Bund wird aufgefordert, die atomrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Kernkraftwerke in den kommenden wenigen Jahren weiterbetrieben werden können. Der DLT sieht darin einen Beitrag, um die Stabilität der Stromnetze und damit die Versorgungssicherheit zu

gewährleisten. Der DLT unterstreicht, dass es sowohl mit Blick auf die Klimaschutzziele im Energiesektor als auch mit Blick auf die europäischen und internationalen Klimaschutzanstrengungen ein falsches Zeichen wäre, das vorhandene Potenzial der deutschen Kernkraftwerke ungenutzt zu lassen. Stattdessen wieder zunehmend fossile Brennstoffe zu verstromen, bis die erneuerbaren Energien hinreichend ausgebaut sind, ist nicht begründbar. Der Weiterbetrieb stellt zwar nur eine begrenzte Maßnahme zur Bewältigung einer Energieknappheit im kommenden Winter dar, ist aber im Hinblick auf die infolge des russischen Angriffskrieges geänderten Rahmenbedingungen geeignet, die Glaubwürdigkeit der deutschen Energie- und Klimaschutzpolitik zu stärken. Die Herausforderung, in einem geordneten Verfahren ein geeignetes Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland zu finden, besteht ohnehin und wird durch einen solchen beschränkten Weiterbetrieb einiger Kernkraftwerke nicht erschwert.

Berlin, 23.9.2022